



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Oktober 2021
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

B 79 C Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022–2025; mit Entwurf des Voranschlags 2022 - Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2022 / Finanzdepartement

Antrag PFK zu Ziffer 1: Zur Bestreitung der dem Staat im Jahr 2022 erwachsenden Aufwendungen wird eine Staatssteuer von 1,6 Einheiten erhoben.

Antrag Schaller Riccarda / Kurer Gabriela zu Ziffer 1: Zur Bestreitung der dem Staat im Jahr 2022 erwachsenden Aufwendungen wird eine Staatssteuer von 1,7 Einheiten erhoben.

Antrag Roth David: Ablehnung Antrag PFK.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Die PFK hat über diese Vorschläge abgestimmt. Wir haben in einer Eventualabstimmung 1,6 Einheiten mit 12 zu 3 Stimmen 1,7 Einheiten vorgezogen. In der abschliessenden Abstimmung wurden 1,6 Einheiten mit 12 zu 5 Stimmen 1,65 Einheiten vorgezogen. Die PFK empfiehlt Ihnen, eine Staatssteuer von 1,6 Einheiten zu erheben.

Riccarda Schaller: Ich bin beim Eintreten bereits darauf eingegangen, wieso ich den Antrag stelle, den Steuerfuss bei 1,7 Einheiten zu belassen. Der Wind kann sich schnell drehen. Es ist noch nicht lange her, dass wir Angst hatten, dass wir die Vorgaben der Schuldenbremse nicht einhalten können. Dann wurden wir mit dem hohen Ertrag dank der Nationalbankgelder überrascht. Die Einnahmen und die Ausgaben sind wegen der Nationalbankgelder relativ volatil. In der Steuerstrategie sollten wir eine gewisse Sicherheit und Stabilität für die Unternehmen und Private gewährleisten. Wir sollten mit dem erhaltenen Geld zuerst einmal unsere Aufgaben erledigen. Wir hatten aus Sicht der GLP leider in der Beratung der Botschaft B 79 nicht viel Erfolg, was unsere Hausaufgaben angeht. Ich hoffe, dass wir mehr Erfolg haben, wenn es darum geht, Sie zu überzeugen, dass wir jetzt keinen Schnellschuss machen sollten, den wir dann in einigen Jahren wieder mit Steuerfusserhöhungen korrigieren müssen. Das ist kein verantwortungsvolles Vorgehen. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen und den Steuerfuss im Moment auf 1,7 Einheiten zu belassen. Wie gesagt bietet die GLP Hand für Steuerfussenkungen, wenn der Zeitpunkt da ist und der Boden stabil.

Urban Frye: Die G/JG-Fraktion lehnt die allgemein formulierten Steuersenkungen aus drei Gründen ab. Erstens: Wir wissen immer noch nicht, wie lang uns die Corona-Pandemie noch verfolgen wird. Wir wissen nicht, was für Langzeitfolgen diese haben wird, zum Beispiel im Bildungs- oder im Gesundheitsbereich. Dafür werden etliche finanzielle Mittel nötig sein. Zweitens: Die Ertragssicherheit ist betreffend die SNB-Gelder und die LUKB-Gelder äusserst volatil, weil diese dem internationalen Finanzmarkt ausgesetzt sind. Stellen Sie sich vor, wir hätten international eine kleine Währungskrise. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat vor allem Buchgewinne. Wenn plötzlich ausländische Währungen anders bewertet werden,

schreibt die SNB riesige Verluste. Drittens: Uns stören die über alle Einkommensklassen nicht gleichmässig verteilten Steuersenkungen, sodass die Personen mit hohem Einkommen grössere Einsparungen haben, obwohl sie es viel weniger merken. Wenn man die Steuern senkt, dann müsste man die Progression anders gestalten, sodass vor allem untere und mittlere Einkommen entlastet werden. Wir hätten auch andere Instrumente dafür wie die Prämienverbilligung. Es müssten die Einkommen entlastet werden, die gerade auch von der Corona-Pandemie am meisten betroffen waren. Wenn man nur noch 80 Prozent des Einkommens hat, dann ist das bei einem Einkommen von 160 000 Franken halb so schlimm. Man kann auch mit 120 000 Franken gut eine Familie durchbringen. Wenn man aber pro Monat nur 3500 Franken verdient, dann sind 80 Prozent eine massive Einschränkung. Aus diesen drei Gründen lehnen wir eine Steuersenkung ab und wollen den Steuerfuss bei 1,7 Einheiten belassen.

David Roth: Wir stellen uns eine klare Priorisierung bei den Kantonsfinanzen vor. Zuerst geht es darum, dass wir die notwendigen Leistungen im Kanton definieren. Wir wurden uns im Rat nicht einig, welche Leistungen wir wirklich erbringen sollten. Wir sehen noch deutlichen Handlungsbedarf beispielsweise bei der Prämienverbilligung, bei der Einstellung von Mitteln für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL), bei der Förderung von Kitas oder beim Personal. Dieser Handlungsbedarf wurde hier aber nicht erkannt. Was macht man, wenn man zu viel Geld hat, weil man die Leistungen nicht anerkennt? Unsere Haltung ist klar, dass das Geld nicht einfach beim Staat auf die hohe Kante gelegt, sondern bei den Leuten gar nicht erst eingezogen werden soll. Es sollte bei den Personen nicht eingezogen werden, welche im interkantonalen Vergleich gegenüber gewissen Gruppen schlechtergestellt sind. Die Progression muss anders ausgestaltet werden. Es kann nicht sein, dass wir Top sind bei den hohen Einkommen und Flop bei den mittleren und tiefen. Bei den sehr tiefen Einkommen stehen wir jedoch gut da. Der Rat wollte aber nicht wahrhaben, dass wir bei der Progression korrigieren müssten. Vor diesem Hintergrund bleibt letztlich noch ein Punkt: der Steuerfuss. Der Steuerfuss kann aus unserer Sicht in einem gewissen Mass angepasst werden, weil es aus unserer Sicht keinen Sinn macht, dass man ein Ausgleichskonto immer mehr öffnet. Das kann gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht vertreten werden. Wir sehen aber auch, dass die erwähnte Flexibilität beim Steuerfuss bei Weitem nicht reicht, wenn plötzlich die SNB-Gelder ausblieben. Wenn Sie konsequent wären, dann würden Sie innerhalb des Steuerfusses einen Puffer für den Ausgleich der Nationalbankgelder einbauen. Das würde bedeuten, dass wir die Grenzen für ein obligatorisches Referendum für die Festsetzung des Steuerfusses deutlich anheben. Diese Ausführungen bringen die SP zum Schluss, dass wir den Steuerfuss bei 1,65 Einheiten festlegen wollen. Ich bitte Sie, der SP und der Regierung zu folgen.

Jörg Meyer: Ich würde es begrüßen, wenn die bürgerlichen Mehrheitsparteien zu dieser Frage noch einmal explizit Stellung nehmen würden. Es ist gut und recht, dass wir seit gestern Mittag über das Budget und den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) diskutiert haben, aber finanzpolitisch ist die Pièce de Résistance die Diskussion um den Steuerfuss. Wir haben schon von Vorrednerinnen und Vorrednern gehört, vor welchem Aufgabenberg der Kanton Luzern in den kommenden Jahren stehen wird. Wir haben auch gehört, welche gewaltige Wette im Umfang von 160 Millionen Franken pro Jahr Sie bereit sind einzugehen mit absolut unsicherem Ausgang. Über den Nachholbedarf wurde auch bereits gesprochen. Ich möchte aber noch ein anderes Beispiel machen: Ich habe meine Steuererklärung angeschaut. Meine Frau und ich arbeiten beide, wir haben gute Jobs, und wir verdienen entsprechend. Ich habe einen Freund, der Chauffeur ist. Er musste während Corona viel arbeiten und verdient deutlich weniger. Ich weiss nicht, ob er wirklich weniger arbeitet und weniger wichtig ist. Wir sparen uns mit Ihrem Schritt 990 Franken im nächsten Jahr. Mein Freund spart genau 227 Franken. Ist das die Art von Steuerpolitik, die Sie wollen? Mein Freund hat Kinder, und er hat die Prämienverbilligungssenkungen der letzten Jahre gespürt. Ich habe sie nicht gespürt. Wollen Sie diesen Weg beschreiten? Sie haben gestern von Ausdauer und vom Tal der Tränen gesprochen. Mit Ausdauer meinen Sie sehr wahrscheinlich die finanzpolitische Härte, aber wer musste das Tal der Tränen

durchschreiten? Sie sprechen von einem dynamischen Steuerfuss, der wieder anzuschauen sei. Aber schauen Sie sich doch rechts und links schnell in die Augen. Glauben Sie selbst an das, was Sie sagen? Wir wissen doch alle, wie kurz das politische Gedächtnis ist. Wenn es wieder anders kommen sollte, so wurde von Guido Roos als Sprecher der Mitte bereits eindrücklich auf mögliche Sparpakete oder Leistungsabbau hingewiesen. Was war denn das, wenn nicht bereits eine Androhung und eigentlich bereits eine Absage an eine erneute Überprüfung des Steuerfusses? Es war für mich fast körperlich spürbar, wie Sie selbst Angst haben vor einer Achterbahnfahrt. Trotzdem sitzen Sie in diesen Wagen und fahren los. Wurden Sie vielleicht nicht aus einem kurzfristigen Glücksgefühl allzu übermütig oder sogar tollkühn? Können Sie das sehenden Auges und ruhigen Schlafes verantworten? Ich habe einen einzigen Aufruf: halten Sie Mass.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bitte Sie, den Antrag der PFK und den Antrag von Riccarda Schaller abzulehnen und den Antrag von David Roth zu unterstützen. Ich habe gestern erklärt, dass sich die Regierung zu einem zweigleisigen Vorgehen entschieden hat. Wir haben auf der einen Seite unsere Leistungen erheblich ausgebaut in einem Mass, das in den vergangenen Jahren nie möglich war. Sie haben dem zugestimmt und in der vergangenen Debatte noch etwas draufgelegt. Wir sprechen hier von jährlich 40 bis über 60 Millionen Franken im Vergleich zum AFP vor einem Jahr. Das ist ein merklicher Leistungsausbau, den sich der Kanton Luzern leisten will. Wir sind aber auch der Meinung, dass es aufgrund der soliden finanziellen Ausgangslage gerechtfertigt ist, der Bevölkerung und der Wirtschaft – also den Steuerzahlern – etwas zurückzugeben und diese auch zu entlasten. Gerade in einer Situation, in der es nicht für alle einfach ist, gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie man Wirtschaft und Bevölkerung unterstützen kann. Eine Entlastung bei den Steuern ist auch eine solche Unterstützung. Der Regierungsrat vertritt aber klar die Haltung, dass es richtig ist, jetzt einen ersten Schritt zu machen und im kommenden Jahr die Situation noch einmal zu beurteilen. Wir sind aktuell der Ansicht, dass wir in einem Jahr einen zweiten Schritt machen können. Wir vertreten aber die Haltung, dass es richtig und sinnvoll ist, diesen Zwischenschritt vorzunehmen und im kommenden Jahr im Rahmen der Budget- und AFP-Debatte zu entscheiden, ob der zweite Schritt auch möglich ist. Darum bitte ich Sie im Namen der Regierung, unserer Haltung zu folgen und die beiden Anträge der PFK und von Riccarda Schaller abzulehnen und David Roth zu unterstützen.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Die Mitte ist mit dem Ergebnis der Beratung der letzten Stunden zufrieden. Das Ergebnis des Budgets und des AFP entspricht grossmehrheitlich der Haltung unserer Fraktion. Das Wichtigste ist für uns, dass es eine klare Mehrheit für das Budget und den AFP gibt. Das gibt unserem Kanton Planungssicherheit. Ich verzichte auf die Wiederholung unserer Haltung, wir haben diese genügend klar dargestellt. Ich erlaube mir aber noch einmal den folgenden Hinweis: Die finanziellen Aussichten für unseren Kanton sehen aus zwei Gründen besser aus: Erstens: Die Steuerstrategie geht trotz Corona auf. Das ist das Ergebnis einer konsequenten Finanzpolitik, die wir in diesem Rat in den letzten Jahren mitverantwortet haben. Zweitens: Auf die SNB haben wir bekannterweise wenig Einfluss. Die Mitte ist etwas überrascht über die Haltung einiger Fraktionen, vor allem die Argumentation der GLP hat uns überrascht. Sie sagt, dass sie die Steuerfussenkung nur unterstützen wird, wenn wir uns diese aus eigener Kraft leisten können. Wir sehen das gerade umgekehrt. Wir unterstützen die Steuerfussenkung, weil wir die unsicheren Erträge von der SNB gerade nicht fix verplanen wollen. Wenn die SNB-Gelder nicht mehr fließen, dann ist es für uns klar, dass der Steuerfuss wieder steigen muss. Ich hoffe, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von der SVP und der FDP sich dann auch noch daran erinnern können. Wenn wir die unsicheren Gelder der SNB beispielsweise in die Klimapolitik investierten, wie das gefordert wurde, dann würden wir uns in diesem Bereich in eine Abhängigkeit von der SNB begeben. Das wollen wir gerade nicht. Aus bekannten Gründen haben wir den Klimainnovationsfonds gefordert und die drei Klimavorstösse unterstützt. Wir sind froh, dass diese im Rat eine Mehrheit gefunden haben. Die SNB-Gelder sind ein

Klumpenrisiko. Mit der Weitergabe eines Teils dieser Gelder an die Luzerner Bevölkerung und die Luzerner Unternehmen reduzieren wir dieses Risiko. Nicht zuletzt sind wir gefordert, auch in Zukunft mit den Ausgaben und insbesondere mit dem Ausgabenwachstum mit Bedacht umzugehen. Das tun wir mit einer konsequenten Sachpolitik und nicht mit einer Symbolpolitik. Leider stelle ich fest, dass auch dieses Jahr bei der AFP- und Budget-Beratung bei einigen Fraktionen die Symbolpolitik Vorrang hatte. Beispielsweise fordern die G/JG-Fraktion und die GLP-Fraktion konsequent mehr Mittel für die Klimapolitik. Ein höheres Budget für das Klima reduziert den CO₂-Ausstoss nicht. Wir brauchen konkrete Massnahmen, diese werden wir bei der Beratung des Klimaberichtes behandeln. Viele Anträge von links hatten als Begründung eine Reduzierung des Globalbudgets in den Jahren 2014, 2017 oder sogar 2012. Die Mitte will den AFP und das Budget auf der Basis von heute gestalten mit dem Blick nach vorne, nicht mit dem Blick nach hinten. In meinen Augen kann es nur einen Grund für diese Begründung geben: die SP nützt die Budgetdebatte, um darauf hinzuweisen, dass sie mit der Finanz- und Steuerstrategie der letzten zehn Jahre nicht einverstanden war. Die Mitte ist aber froh, dass wir in den letzten Jahren Durchhaltewillen gezeigt und mit diversen Sparpaketen Kröten geschluckt haben. Die heutigen Steuererträge, die wir im Budget und im AFP eingestellt haben, geben uns recht. Das letzte Sparpaket, das Konsolidierungsprogramm 17 (KP17), war nötig, weil die NFA-Zahlungen zurückgingen und die Steuerstrategie mehr Zeit brauchte. Das Ausgabenwachstum war höher als das Einnahmenwachstum. Wenn wir, wie von einigen gefordert, die SNB-Gelder fix verplanen würden, müsste man bei einem Rückgang der SNB-Gelder in Zukunft genau gleich vorgehen und umgehend ein Sparpaket machen. Wir wollen dies nicht. Ich zitiere den Finanzdirektor Reto Wyss: «Der Übermut von heute ist das Sparpaket von morgen». Wir sind froh, dass sich die Mehrheit unseres Rates nicht von Übermut und Symbolpolitik treiben lässt und den AFP und das Budget so genehmigen werden, wie wir diese beraten haben.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die Budgetdebatte 2022 war für die SVP von alten und neuen Differenzen geprägt. Anders gesagt: trotz einer neuen Ausgangslage haben sich altbekannte Gräben zwischen den bürgerlichen Parteien und dem linken Block eröffnet. In diesem Grabenkampf war es für die SVP ganz klar ermutigend, dass die Reihen unter den Bürgerlichen weitgehend geschlossen waren. Die bürgerlichen Parteien tragen nicht nur die Regierung mit, sie tragen seit Jahren auch die Verantwortung für die Finanzpolitik im Kanton Luzern. Wenn ich die letzten zwei Tage reflektiere, komme ich zu folgendem Schluss: Erstens: Die bürgerliche Partnerschaft ist wichtig, denn sie stellt jede Ausgabe in den politischen Gesamtzusammenhang und verhindert, dass nur ausgegeben wird, bis letztlich kein Überschuss mehr übrig bleibt. Zweitens: Der Antrag auf einen Steuerfuss von 1,6 Einheiten ist richtig. Ich habe bereits bei den Anträgen auf den Widerspruch gewisser Parteien hingewiesen. Sie wollen die Steuern nicht oder weniger senken, weil sie glauben, dass der Kanton beträchtliche Risiken auf der Ausgabenseite habe. Dem muss ich trocken entgegen: das grösste Risiko sind wir selbst, also das Parlament. Es ist unser Wunschzettel, der mit mehr oder weniger gerechtfertigten Forderungen allenfalls das Gleichgewicht gefährdet. Nach unserer Überzeugung ist es nicht glaubwürdig, darauf hinzuweisen, dass man auf Steuersenkungen verzichten müsse, weil externe Risiken da seien. Seien Sie doch ehrlich, und sagen Sie, dass Sie das Geld lieber selbst ausgeben würden. Wenn man bei jeder Forderung immer wieder hört, dass man das Geld habe, dann bekomme wohl nicht nur ich ein flaes Gefühl im Magen. Mit dieser Einstellung werden wir in diesem Kanton schon bald eine andere Ausgangslage haben. Wenn wir bei jeder Entscheidung sagen, dass wir das Geld hätten, werden wir es schon bald nicht mehr haben. Es mag legitim sein, die Sparpakete der letzten Jahre rückgängig machen zu wollen, aber ich habe in den letzten zwei Tagen nie gehört, dass man auch die Massnahmen auf der Steuerseite rückgängig machen will, welche mit den Sparpaketen verbunden waren. Diese Massnahmen waren wesentlich grösser als die Massnahmen auf der Leistungsseite. Die Steuerzahlenden haben in den letzten Sparpaketen mit einem Beitrag von über einer halben

Milliarde Franken an höheren Steuern, Gebühren und Abgaben den Löwenanteil der Sparpakete getragen – dies sozial gerecht, denn wer mehr verdiente, zahlte auch mehr. Gerne geht in diesem Saal vergessen, dass wir den Steuerfuss erhöht haben, dass wir schmerzhaft Abstriche bei den Abzügen für Pendler und für die Kinderbetreuung hatten, dass wir Dividenden höher besteuern und die Vermögenssteuer erhöht haben. Angesichts dieser Ausgangslage ist die SVP der Überzeugung, dass man auch den Steuerzahlenden etwas zurückgeben muss und ein Steuerfuss von 1,6 Einheiten gerechtfertigt ist. Nur damit beteiligen wir die breite Bevölkerung und auch die Wirtschaft an den Zahlungen der Nationalbank. Das ist in unseren Augen gerecht und notwendig. Aus Sicht der Risikobetrachtung spielt es überhaupt keine Rolle, ob man den Steuerfuss in zwei Etappen senkt oder ob man ihn gleich in einem Schritt auf 1,6 Einheiten reduziert. In einer Manöverkritik kann ich sagen, dass sich die SVP in dieser Debatte treu geblieben ist. Sie behält den Fokus auf mittel- und langfristige Entwicklungen in der Finanzpolitik. Sie kämpft für einen attraktiven Kanton und für einen guten Wirtschaftsstandort. Sie unterstützt einen Staat mit attraktiven Rahmenbedingungen und bietet darüber hinaus Hand für die Reduktion von Überregulierungen und Bürokratie. Sie unterstützt den Staat, der grundsätzlich auf Eigenverantwortung aufbaut, welcher aber Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt und auch Startchancen ausgleicht. Die SVP geht zurückhaltend mit öffentlichen Geldern um. Sie versucht, in der Kommission tragfähige Lösungen zu suchen und zu finden. Die SVP hat in den letzten zwei Tagen Mehrleistungen dort unterstützt, wo sie nötig sind, insbesondere unterstützen wir auch den grossen Ausbau bei den Investitionen, was erstaunlicherweise in den letzten zwei Tagen gar kein Thema war. Die SVP probiert aber auch, die Steuerzahlenden an den guten Ergebnissen und den Aussichten zu beteiligen. Damit ist ein Verständnis verbunden, dass Geld bei Privaten mindestens so gut aufgehoben ist wie beim Staat. Wir unterstützen darüber hinaus auch eine regelbasierte Finanzpolitik mit einer griffigen Schuldenbremse, die auch in Zukunft unsere Leitschnur sein soll, eine schleichende Verschuldung verhindert und den Schutz des Eigenkapitals sichert. Letztlich, und das ist wahrscheinlich das Wichtigste, leistet die SVP einen Beitrag dazu, dass auch in guten Zeiten nur so viel ausgegeben wird, damit wir nicht plötzlich bei voller Fahrt auf die Bremse treten müssen. In diesem Sinn halten wir auch Mass, was andere Parteien laut Antragsliste nicht getan haben. Mit der Politik der SVP können Sie auch in Zukunft rechnen, auf die SVP ist Verlass. Diese Politik deckt sich nach unserer Beurteilung weitgehend mit der Finanzpolitik der Regierung. Diese Politik ist ein Garant dafür, dass der Kanton Luzern seine Attraktivität behält, auch in der Zukunft. Mit dieser Ausgangslage sind wir bereit, mit allen Fraktionen und allen Interessengruppen zu sprechen und mehrheitsfähige Lösungen zu suchen und zu finden. Mit dieser Ausgangslage wollen wir die bürgerliche Partnerschaft auch in Zukunft fortsetzen, insbesondere in der Finanzpolitik. Wir brauchen mehrheitsfähige Lösungen, wenn es darum geht, in Zukunft das Steuersystem des Kantons Luzern weiterzuentwickeln, die globale Mindeststeuer umzusetzen und die Auswirkungen der Vorlage über die Steuer- und AHV-Finanzierung (STAF) zu analysieren sowie bei der Patentbox und bei den Forschungs- und Entwicklungsabzügen allenfalls nachzujustieren. Es braucht sie aber auch dann, wenn es darum geht, sozialverträgliche Lösungen zu finden, zum Beispiel bei der Prämienverbilligung und im Gesundheitswesen. In diesem Sinn sind die letzten zwei Tage und diese Fraktionserklärung insbesondere Garant für drei Punkte: sie sind ein Bekenntnis zur bürgerlichen Zusammenarbeit, sie sind ein Bekenntnis zu dieser Regierung, die wir als wichtigen Partner mittragen, und sie sind ein Bekenntnis zu unserem Kanton. Wir genehmigen den AFP, stimmen dem Voranschlag zu und folgen dem Antrag der PFK auf einen Steuerfuss von 1,6 Einheiten.

Für die FDP-Fraktion spricht Georg Dubach.

Georg Dubach: Der Regierungsrat unterbreitet uns den AFP 2022–2025 mit einem Voranschlag, wie ihn sich viele von uns wünschen oder sogar erträumt haben. Gezielte Mehrausgaben sind eingestellt, die Vergütung der Staatsangestellten wird angehoben, das Investitionsvolumen wird auf über 200 Millionen Franken pro Jahr aufgestockt, der Steuerfuss wird gesenkt, und das alles mit einem Ertragsüberschuss von 55,4 Millionen

Franken. Solche wunderbaren Voranschläge, wie es die Botschaft B 79 zu sein scheint, werden in der Regel emotionslos zur Kenntnis genommen. Die von der Regierung vorgeschlagenen Ausgaben werden wenig hinterfragt, im Gegenteil. In den Kommissionen und Fraktionen wird munter versucht, die laufenden Ausgaben weiter zu erhöhen, um so allen gerecht zu werden. Wir alle wissen, dass nur dank der neuen Vereinbarung des Bundes mit der SNB der vermeintlich positive Effekt entstanden ist. Die Regierung hat den Mut, im Voranschlagsjahr und in den Planjahren fünf von sechs angenommenen Tranchen einzustellen. Mit diesem fremden Geld werden nun Wünsche in den laufenden Ausgaben erfüllt, obwohl die Tranchen nicht gesichert sind. Die Inflation steht vor der Tür, der Markt an der Börse ist nervös, die Immobilien sind masslos überbewertet, und auch die Corona-Krise ist noch längst nicht überstanden. Wenn wir nicht vorsichtig agieren, kann die Strategie dazu führen, dass alle Regierungsräte und Kantonsräte, die für die nächste Legislatur wieder gewählt werden, ein nächstes Konsolidierungsprogramm ausarbeiten müssen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Regierung in ihrer Planung. Wir sind bereit, das eingegangene Risiko mitzutragen. Wir müssen aber weiterhin Sorge tragen und bescheiden bleiben. Wir werden die seit Jahren erfolgreiche Steuer- und Finanzpolitik des Kantons Luzern weiterhin verteidigen. Dazu gehört auch die Steuerfussenkung zurück auf 1,6 Einheiten. Diese Massnahme soll den geplanten Ertragsüberschuss minimieren. Der Kanton Luzern hat für die Bewältigung der Corona-Krise sehr viel Geld in die Arbeitsplätze investiert. Die Krise hat uns aber eindrücklich gezeigt, wie widerstandsfähig die Wirtschaft im Kanton Luzern ist. Mit der Steuerstrategie haben wir den Unternehmungen Substanz belassen, welche sie nun in der Krise stark und handlungsunfähig gemacht hat. Tragen wir Sorge und helfen alle mit, dass unser Kanton ein verlässlicher Partner für die ganze Bevölkerung, für die Arbeitsplätze und für die Wirtschaft bleibt.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: In der Luzerner Finanzpolitik hat ein grundlegender Wandel stattgefunden. War vor wenigen Jahren noch die Schuldenbremse die entscheidende Dominante, ist es heute die SNB beziehungsweise deren üppig fliessende Gewinnausschüttungen. Früher hiess es von bürgerlicher Seite immer, man wolle gerne, aber man könne nicht. Vom Nichtkönnen sind wir mittlerweile wieder zurück beim Nichtwollen. Vielleicht wird noch gesagt, es sei der falsche Zeitpunkt, die Steuern zu senken sei wichtiger. Gestern fiel der Begriff «Tal der Tränen». Vor einigen Jahren habe ich Protestaktionen mitorganisiert, bei denen bei den Betroffenen Tränen flossen, weil die Verunsicherung über die Zukunft zu gross war. Wenn wir heute das Budget und den AFP anschauen, dann löst das vielleicht Freudentränen aus, aber nicht bei denjenigen, die vom Abbau betroffen waren, sondern bei der höchsten Einkommensklasse in diesem Kanton. Das zeigt, wie falsch die Prioritäten im Kanton Luzern gesetzt werden. Armin Hartmann hat uns gestern vorgeworfen, dass wir mit den SNB-Geldern Umweltpolitik betreiben wollen. Damit hat er recht. Wir würden laut ihm ein Problem bekommen, wenn die SNB-Gelder plötzlich nicht mehr fliessen. Damit hat er eigentlich auch recht. Dieses Problem haben wir aber nicht nur in der Umweltpolitik, sondern grundlegend in der Luzerner Finanzpolitik. Dank Ausdauer und einer Prise Glück, wie es Finanzdirektor Reto Wyss ausdrückte, hätten wir die heutige finanzpolitische Schönwetterlage erreicht. Der Finanzdirektor hat aber nicht gesagt, dass diese Prise Glück mehrere hundert Millionen Franken gross war und in Form von Geldern der SNB daherkam. Sie verteilt schon seit Jahren Rekordsummen an die Kantone. Statt das Geld im Kanton Luzern zu verwenden, um Probleme zu lösen, wird es jetzt mit der grossen Kelle an die Bevölkerung zurückverteilt – dies nicht zielgerichtet, wie es sonst immer von bürgerlicher Seite gefordert wird, denn diejenigen, die es nötig hätten, erhalten wenig bis gar nichts. Für den Mittelstand, der in letzter Zeit am stärksten belastet wurde, gibt es ein wenig mehr, aber am meisten profitieren diejenigen, die es eigentlich gar nicht nötig hätten. Das ist nicht einmal eine Giesskanne, sondern einfach das pure Gegenteil von zielgerichtet. Auch die Gemeinden, die Mehrmittel aktuell sehr gut brauchen könnten, gehen leer aus. Die SP hätte Hand geboten für eine zeitlich beschränkte moderate Steuersenkung, so wie es der Regierungsrat vorgeschlagen hat. Geld auf Vorrat zu horten und damit keine Probleme zu

lösen, macht wirklich keinen Sinn. Aber es gäbe eigentlich genug Probleme zu lösen. Wir haben gestern Ja gesagt zu einem Klimafonds, wollten dann aber doch keine Einlage in den Klimafonds tätigen. Wir hoffen, dass die Zustimmung zum Klimafonds nicht nur zur Beruhigung Ihres ökologischen Gewissens erfolgt ist, sondern dass dort auch Gelder eingespiessen werden. Ob im Gesundheitswesen, bei der Gleichstellung, für eine gesetzeskonforme Prämienverbilligung, für den dringend benötigten Ausbau in der Psychiatrie, bei der Ungleichbehandlung bei der Berufsbildung, bei der Inklusion von Menschen mit Behinderungen, beim Ausbau der Sicherheitsbehörden, bei der Sportförderung und einer weiteren langen Liste wurden Mehrausgaben angekündigt, die noch nicht beschlossen wurden, aber auf uns zukommen. Den absehbaren Mehrausgaben wollen Sie mit einem flexiblen Steuerfuss begegnen. Das ist doch eigentlich das Gegenteil der von Ihnen sonst immer geforderten Planungssicherheit. Wir nehmen Sie beim Wort, dass wir in finanzpolitisch unschönen Situationen zuerst wieder über den Steuerfuss sprechen werden und nicht über einen weiteren Leistungsabbau. Adrian Nussbaum wollte vorher in die Zukunft schauen und im Jetzt argumentieren, machte dann aber einen Rückblick auf den alten Konflikt in der Steuerstrategie. Wir durften uns einmal mehr die Vorzüge der bürgerlichen Finanz- und Abbaustrategie anhören. Ihre Rechnung ist aufgegangen, aber nicht weil Ihre Strategie aufgegangen ist, sondern weil die Nationalbank die Mittel in die Staatskasse gespült hat, die Sie sich eigentlich von den Luzerner Unternehmen versprochen hatten. Dass Sie zweimal vom Bundesgericht zurückgepfiffen wurden, einmal bei der gesetzeswidrigen Prämienverbilligung und einmal bei der verfassungswidrigen Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18), habe ich von keinem bürgerlichen Vorredner gehört. Es ist sicher kein Grund, stolz zu sein, wenn die Gerichte den Kantonsrat zurückpfeifen müssen. Aber wir sind im Hier und Jetzt, lasst uns dankbar sein dafür, dass die Nationalbank im Moment so viel Geld spricht. Setzen wir dieses Geld doch besser vernünftig und zukunftsgerichtet ein, und gehen wir nicht dort mit einer Giesskanne hin, wo die Pflanzen sowieso schon zu viel Wasser haben. Deshalb lehnt die SP den nicht wirklich zukunftsorientierten AFP ab, sie wird dem Voranschlag zustimmen und beim Steuerfuss der Regierung folgen. Wer hätte sich vor einigen Jahren gedacht, dass es ausgerechnet die SP sein wird, die als einzige Fraktion den Vorschlag der Regierung gegen den bürgerlichen Rückenschuss verteidigen wird. Wir danken für Ihre Unterstützung.

Für die G/JG-Fraktion spricht Rahel Estermann.

Rahel Estermann: Sie wissen, dass die Grünen und Jungen Grünen nicht zufrieden sind mit dem Resultat der Behandlung des AFP und des Voranschlags. Wir werden beide ablehnen. Vor einem Jahr haben wir uns in diesem Rat grosse Sorgen gemacht. Was machen wir im nächsten Jahr, wenn wir keine ausserordentliche Aussetzung der Schuldenbremse machen können? Ich erinnere mich an die Ungewissheit in diesem Rat und die leisen Befürchtungen, dass wir schon wieder vor Jahren mit Sparpaketen stehen. Die bisherigen Sparpakete haben niemandem in diesem Parlament Freude bereitet. Es kam alles anders dank einer aussergewöhnlichen wirtschaftlichen Stabilität und dem SNB-Geld. Dieses ist ein gewaltiges Geschenk, das dem Kanton neue Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Die Möglichkeiten, die Herausforderungen der Zukunft offensiv anzugehen, hätten wir mit diesem Geld gehabt. Was tun wir mit diesen Möglichkeiten? Wir haben uns als Erstes gleich wieder ein Korsett angelegt, das Korsett einer Steuersenkung. Damit machen wir den Handlungsspielraum kleiner, und das trotz der grossen Unsicherheiten der Zukunft. Das betrifft nicht nur das Geld, das von der SNB kommen soll, sondern auch das unbekannte Preisschild der weiteren Herausforderungen. Die Pandemie ist noch nicht vorbei, und auch die Klimakrise verlangt von uns grosse Investitionen. Der Klimabericht, den wir in diesem Rat beraten werden, vermag die Kosten erst im Ansatz zu beziffern. Dazu kommt, dass die Auswirkungen der Klimaerwärmung schon lange da sind und uns als Staat etwas kosten. Schäden von 400 Millionen Franken hat in unserem Kanton allein der Hagelzug vom Abend des 28. Juni 2021 verursacht. Das ist ein Betrag, der mehr als doppelt so hoch ist wie die jährliche SNB-Zahlung. Auch wenn die Gebäudeversicherung das für einmal tragen konnte, wird die Allgemeinheit die Kosten der Klimakrise in Zukunft mittragen müssen. Jetzt haben

wir also die Steuern bei erstbesten Gelegenheit gesenkt, nämlich als unser Staatshaushalt das erste Mal seit zehn Jahren wieder ein wenig Luft hatte. Auch wenn Sie sagen, dass Sie die Steuern wieder erhöhen wollen, falls das Geld nicht mehr so fliesst, wird das kein Kinderspiel werden. Das Versprechen einiger Parteien, die Steuererhöhung in Angriff zu nehmen, bevor gespart wird, steht im Raum. Wir zählen darauf, dass dieses Versprechen eingehalten wird und der Übermut in diesem Saal nicht überhandnimmt. Die Luzerner Bevölkerung und das Personal haben im letzten Jahrzehnt den Preis für die rigorose Sparpolitik bezahlt. Sie kennen die Einschnitte, die besonders die ökonomisch Schwächsten in unserem Kanton getroffen haben. Ich möchte die Steuerstrategie nicht noch einmal aufrollen, das haben meine Vorredner bereits getan, aber wir teilen die Einschätzung nicht, dass das ein Erfolg für den Kanton Luzern war, was in den letzten zehn Jahren passiert ist. Das Signal, das wir mit dieser Steuersenkung an die Menschen senden, welche die Einschnitte tragen mussten, stösst auf Unverständnis. Diese Menschen profitieren von dieser Steuersenkung nicht, und das wissen wir alle. Ich möchte aber in die Zukunft blicken. Wir haben gestern und heute in einer langen Debatte Leitplanken für die nächsten Jahre gesetzt. Wir haben immer noch Aufholbedarf. Wir haben einige Anträge angenommen – das freut uns –, bei anderen wurde nicht gesehen, dass wir das wieder aufbauen müssen, was wir in den letzten Jahren zusammengespart haben. Wir haben noch nicht alle Hausaufgaben gemacht. Der Klimafonds ist ein erster wichtiger Schritt für die Luzerner Zukunft. Er ist ein kleiner Meilenstein für eine ökologischere Zukunft. Mit der Schaffung dieses Klimafonds durch eine grosse Mehrheit in diesem Rat haben wir ein wichtiges Bekenntnis für die Zukunft geleistet. Die Grünen und Jungen Grünen anerkennen, dass wir damit einen grossen Schritt vorwärts gekommen sind, und wir hoffen auch, dass wir bei der konkreten Ausarbeitung dieses Fonds ähnlich breite Mehrheiten erreichen. Wir alle stehen in der Pflicht ganz individuell, aber auch als öffentliche Hand, der Aufgabe des Klimaschutzes nachzukommen. Der Staat muss eine grosse Rolle einnehmen, denn der Markt versagt im Umweltbereich oft. Klimaschutz lohnt sich immer noch viel zu wenig. Die öffentliche Hand muss die Leitplanken setzen für die ökologische Transformation, und sie ist vor allem auch dafür zuständig, dass diese gerecht gestaltet wird. Auch im sozialen Bereich warten noch grosse Herausforderungen auf uns: die Prämienverbilligung, die psychische Gesundheit und die Unterstützung der Spitäler Lups und LUKS, um nur einige zu nennen. Wir haben heute auch über das Staatspersonal diskutiert, bei dem es auch noch Nachholbedarf gibt. Wir nehmen Sie beim Wort, dass solche Ausgaben zugunsten der breiten Bevölkerung nicht zurückgestellt werden. Die G/JG-Fraktion wird die Luzerner Finanzpolitik weiterhin konstruktiv kritisch begleiten. Mit der Steuersenkung geht unser Kantonsrat eine Wette auf die Zukunft ein, begleitet vom grossen Versprechen, die Steuern wieder zu erhöhen und keine Sparpakete zu schnüren, sollte dies nötig werden. Wir werden Sie daran erinnern, dass diese Versprechen für einen ökologischen und sozial gerechten Kanton Luzern auch einzuhalten sind.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Huser Barmettler.

Claudia Huser Barmettler: Das Richtige tun zum richtigen Zeitpunkt – so hat unsere Fraktionssprecherin Riccarda Schaller gestern das Eintretensvotum der GLP begonnen. Jetzt stehen wir vor den Abstimmungen. Haben wir das Richtige zum richtigen Zeitpunkt getan? Unsere Fraktion ist ernüchert. Klar ist es toll, wenn man der Bevölkerung sagen kann, dass man ihnen Mehreinnahmen vollumfänglich weitergibt. Aber haben wir wirklich unsere Verantwortung für eine nachhaltige und langfristige Finanzpolitik wahrgenommen, so wie die SVP sie verlangt? Wir wollen das Beste für unser Volk, auch wenn wir dies etwas unterschiedlich interpretieren. Das heisst aber auf der anderen Seite nicht, dass man sich gegen alles stellt. Ich habe den Vorteil, dass ich als Letzte sprechen und auf die anderen Fraktionserklärungen reagieren kann. Die Mitte sagt, dass man nur durch das Einstellen von Geld den CO₂-Ausstoss nicht verringern könne. Das stimmt. Aber wenn wir einen Klimafonds äufnen, bereiten wir unsere Wirtschaft darauf vor, dass sie mit dem Klimawandel umgehen kann. Damit schaffen wir die Basis für die Gewährleistung der Prosperität unseres Kantons. Das ist wiederum ganz zentral für den CO₂-Ausstoss. Man kann sagen, dass der Bericht erst

im Januar beraten wird. Wir sind gespannt, denn nur mit Massnahmen, die dann immer zu teuer sind, verringern wir auch keinen CO₂-Ausstoss. Für die GLP ist es ganz klar, dass die Finanzpolitik nachhaltig sein muss. Diese muss an unsere Möglichkeiten angepasst werden. Wir sind uns einig bei der bürgerlichen Zusammenarbeit im AFP, dass wir nicht planlos unseren Staatshaushalt ausbauen wollen. Das heisst aber doch auch nicht, dass man einfach gegen alles ist, sondern dass wir unsere Mittel zielgerichtet am richtigen Ort einsetzen müssen. Wir haben in den letzten Jahren gespart, und das hat uns weitergebracht. Ich muss der SP widersprechen: Wir sind nicht nur bessergestellt, weil jetzt ein Geldsegen aus Bern kommt. Wir sind bessergestellt, weil die Steuerstrategie der letzten Jahre aufgegangen ist. Wir sind bessergestellt, weil wir nachhaltig unsere Strukturen im Kanton Luzern verbessern konnten. Wir haben das aber auch mit vielen schlimmen Sparpaketen bezahlt, und darum ist es richtig, dass wir jetzt dort etwas zurückgeben, wo wir von allen Korrekturen gefordert haben. Wir haben Korrekturen gefordert in der Bildung jener, die den Abbau damals mitgetragen haben. Wir haben Korrekturen gefordert im Gesundheitsbereich, und auch für die Bekämpfung des Klimawandels wurden einige Mittel noch nicht eingestellt. Das wird uns etwas kosten. Das Ziel der GLP ist ganz klar, dass wir die Kosten so stemmen können, dass unsere Wirtschaft diese tragen und weiterhin wachsen kann, was wiederum dem gesamten Wohlstand unseres Kantons zugutekommt. Das Richtige tun zum richtigen Zeitpunkt. Heute heisst das, den Steuerfuss beizubehalten und dann nachhaltig, wenn wir es selbst stemmen können, den Steuerfuss zu senken. Wenn wir den Klimafonds äufnen, bleibt das Geld darin, und wir können es verwenden, wenn wir es brauchen. Ich gebe der Mitte total recht, dass es nicht darum geht, jetzt alles grösser und breiter zu machen. Die GLP sagt klar, dass wir jetzt mit dem Geld etwas einstellen müssen. Damit entlasten wir das Luzerner Volk, was unser Ziel sein sollte. Die FDP hat klar gesagt, dass fünf von sechs bisher nicht gesicherten Tranchen eingestellt wurden. Diese nicht gesicherten Tranchen geben wir jetzt schon wieder aus. Ich glaube das Volk und die Wirtschaft wollen Planbarkeit. Die SVP hat gesagt, das grösste Risiko sei das Parlament selbst. Damit bin ich einverstanden. Wir hätten die Chance gehabt, gewisse Lücken zu schliessen, aber nicht zu überborden und Geld für das Klima einzustellen. Das wurde nicht getan. Die GLP wird am Steuerfuss von 1,7 Einheiten festhalten und ist sehr bereit, in den nächsten Jahren über eine Steuerfussenkung nachzudenken. Es ist wichtig, dass wir hier nicht zwischen Privaten und Firmen unterscheiden. Wenn, dann müssen wir das Steuerpaket ganzheitlich anschauen. Den Wohlstand generieren nicht die einen oder die anderen. Fazit: Wir sind unzufrieden, aber wir wollen eine Lösung, mit der wir arbeiten können. Es wäre nicht in unserem Interesse, den AFP oder den Voranschlag nicht zu genehmigen. Wir nehmen aber die Mitte, die FDP und die SVP beim Wort. Sollte sich dieser Finanzhöhenflug als Mythos erweisen, dann ist eine Korrektur notwendig. Dann ist es die Aufgabe unseres Rates, nicht nur Steuergeschenke zu machen, sondern Verantwortung zu übernehmen. Sollte sich die Finanzlage weiter positiv entwickeln, sind wir bereit, im nächsten Jahr über Steuersenkungen zu diskutieren.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat den Antrag der PFK mit 74 zu 39 Stimmen dem Antrag von Riccarda Schaller und Gabriela Kurer vor. In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Antrag der PFK mit 61 zu 52 Stimmen zu. Diese Abstimmung dient gleichzeitig als Schlussabstimmung über den Kantonsratsbeschluss über die Festsetzung des Steuerfusses für die Staatssteuern im Jahr 2022. Der Steuerfuss für die Staatssteuern im Jahr 2022 wird demnach auf 1,6 Einheiten festgelegt.